

«Finanzausgleich wirkt als Bremse»

Hans-Rudolf Schulz sieht im Baselbiet wenig Willen zu Gemeindefusionen

INTERVIEW: GEORG SCHMIDT

Er ist ein Kenner der regionalen Beziehungsgeflechte – Hans-Rudolf Schulz. Im baz-Gespräch analysiert er die Zusammenarbeitsformen in der Region.

baz: Herr Schulz, die Gemeinde Aesch wollte die Fusion mit Pfeffingen als Option in den kommunalen Richtplan aufnehmen, krebst jetzt aber zurück. Warum haben es Fusionen, die in andern Kantonen keine Seltenheit mehr sind, so schwer in Baselland?

HANS-RUDOLF SCHULZ: Es ist in solchen Fällen üblicherweise die kleinere Gemeinde, die Angst hat, aufgesogen zu werden und ihre Identität zu verlieren, zumal wenn kein Leidensdruck besteht. Dass man mit einer Fusion auch eine neue Identität gewinnen kann, steht nicht am Anfang solcher Diskussionen. Auch der Steuerföderalismus hat eindeutig eine stark bremsende Wirkung, was Pfeffingen ja offiziell attestiert hat.

Das ist aber noch nicht der Grund für die Baselbieter Zurückhaltung.

Richtig. Wenn man andere Gemeinden als Aesch und Pfeffingen als Beispiele nimmt, sieht man, dass der kantonale Finanzausgleich ebenfalls wie eine Bremse wirkt: Gemeinden, die ihre Leistungen nicht aus eigenem Boden finanzieren können, erhalten die Finanzmittel, die sie am Leben erhalten. Bei den Kantonen, die mit den Fusionen vorwärts machen, hat man den Finanzausgleich so entwickelt, dass gemeinsame Lösungen mit den Nachbarn belohnt werden. In Baselland zielt er auf die Selbstständig-

«Mehr Effizienz meint ja nicht bloss, dass man Geld einsparen kann.»

keit der Gemeinden. Ich bin der unvorsichtigen Meinung, dass hier Gemeinden am Leben erhalten werden, die sich besser zusammenschliessen würden.

Es wird gerne argumentiert, dass es den Gemeinden trotz aller struktureller Defizite ganz gut geht. Aber Grösse wird ein immer wichtigerer Faktor. Wie gross muss eine Gemeinde sein, um einigermaßen autonom funktionieren zu können?

Das hängt von der Funktionsvielfalt der Gemeinden ab – stadtnahe Gemeinden sind eher Aussenquartiere und haben «nur» ergänzende Funktionen zur Stadt. Weiter weg braucht es aber eigene Wohn-, Arbeitsplatz- und Dienstleistungsangebote und eine gute Anbindung ans übergeordnete ÖV-Netz. Da sind Flecken mit 2000 bis 5000 Einwohner etwas auf verlorenem Posten, wenn sie nicht gerade verkehrstechnisch ideal liegen. 10 000 bis 20 000 Einwohner sollte eine Gemeinde schon haben, wenn sie die gesamte Palette an kommunalen Dienstleistungen anbieten will.

Dann ist die «Birsstadt», die das kantonale Amt für Raumplanung initiiert hat, eine fast ideale Lösung?

Hier würde man zusammenfügen, was zu einem grossen Teil bewusst getrennt gewachsen ist. So haben diese Gemeinden verständlicherweise bis heute ihre Planung weniger aufeinander abgestimmt, als es im kantonalen Leitbild Ende der 1960er-Jahre vorgesehen war. Eine sinnvolle Funktionsaufteilung müsste erst geschaffen werden, weil alle ein bisschen alles machen. Von der Grösse her – zirka 60 000 Einwohner – würde ein kräftiger Partner zum Oberzentrum Basel entstehen (wie etwa Lörrach) und ein eigentliches Schwergewicht im eigenen Kanton.

Es gibt im Kanton Baselland sehr viele Zweckverbände. Auf solche Zusammenarbeitsformen setzt auch der Kanton. Wie zukunftsfähig ist das in Ihren Augen?

Ein Zweckverbund kann im Einzelfall sehr sinnvoll sein. Wenn man aber für fast jedes Problem einen Zweckverbund bildet, wird es schnell einmal unübersichtlich. Solche Kooperationen schaffen auch kein Gemeinschaftsgefühl und brauchen hohe personelle Ressour-

cen – dieselben Leute, die schon in der Gemeinde mit den entsprechenden Geschäften befasst sind.

Gleichzeitig verschieben sich die Gewichte zwischen Stadt und Umland. Die These, dass man im Grünen wohnt und in der Stadt arbeitet, gilt immer weniger. Das zeigen etwa die BLT-Buslinien, die ein Netz um die Stadt herum bilden. Was bedeutet das für die politischen Strukturen?

Dass man im gleichen Ort wohnt und arbeitet, wird natürlich immer mehr zur Illusion. Man wohnt also an einem Ort und bedient sich ansonsten in der ganzen Agglomeration, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Daher gibt es die vielen zentrifugalen Beziehungen. Auch die Vereine sind nicht mehr ortszentriert: Sie rekrutieren ihre Mitglieder längst auch jenseits der Gemeindegrenzen. Da geht man nicht mehr zu Fuss hin – die Identifikation mit dem Wohnort wird schwächer.

Kann eine bessere Zusammenarbeit die Zersiedelung stoppen?

Die bisherige Zersiedelung ist leider bereits Tatsache, das muss man akzeptieren. Ob der neue Richtplan hier Gegensteuer gibt, ist noch unklar. Fusionen würden diesem Problem aber die Schärfe nehmen, weil die Konkurrenzsituation zwischen den Gemeinden entfallen würde. Das gilt auch für die Gewerbebezonen: Viele Gemeinden halten an eigenen Gewerbegebieten fest, obwohl die Gewerbler längst nicht mehr ans Dorf gebunden sind, sondern ihr Personal und ihre Dienste regional rekrutieren beziehungsweise anbieten. Eine funktionale Aufteilung des gemeinsamen Raums würde in beiden Fällen günstigere Grössen erlauben.

Wozu würden Sie denn raten, um die etwas zähe Strukturdiskussion vorwärts zu bringen?

Zuerst müsste man ein starkes Monitoring und Controlling aufbauen. Viele Gemeinden formulieren für ihre Aufgaben eine bestimmte Politik, wissen aber lange nicht, ob sie auch greift. Dann können sie auch eher in einer nüchternen Kosten-Nutzen-Abwägung beurteilen, ob sie durch Fusion Kosten sparen

könnten. Und wenn der Kanton die Effizienz der öffentlichen Aufgabenerledigung als mindestens gleichwertig wie die Originalität der Gemeinden ansehen würde, müsste er den Finanzausgleich entsprechend ausrichten: In andern Kantonen gibt es eine Art Startgeld bei Fusionen. Da sehe ich aber im Baselland nicht wirklich den Willen.



fusion nein danke!?

Gemeindefusionen im Baselbiet
– eine Serie der baz.

Die Abneigung gegen Fusionen sitzt tief – auch in der Bevölkerung. Sie reden jetzt von «Effizienz». Das klingt beinahe schon anrühlich. Kann man über die Köpfe der Leute hinweg etwas verbessern wollen?

Effizienz meint ja nicht bloss, dass man Geld einsparen kann – trotz der gegenwärtigen Steuersenkungsbegeisterung. Es soll ja auch so sein, dass man plötzlich die Mittel für neue Zwecke zur Verfügung hat, die dann identitätsstiftend wirken können. Es dauert bei Fusionen eine gewisse Zeit, bis sie verdaut sind, das ist klar. Aber: Wer weiss heute noch, wo einst die Grenze zwischen Biel und Benken verlief?

Eingemeindungen wie im Fall von Luzern und Lugano sind in der Region kein Thema. Basel will sich nicht die Finger verbrennen, weil klar ist, dass die Abwehrreflexe in Liestal massiv wären.

Da sollte man in den kommenden Jahren nicht zu viel Energie verschwenden. Eher müsste man die regionale Zusammenarbeit stärken und die Gemeinden darin einbinden. Beim neuen Baselbieter Finanzausgleich wird die Peripherie gegenüber dem Zentrum etwas gestärkt – aber eigentlich sollten die wohlhabenden stadtnahen Gemeinden ihren Obolus für zentrale Aufgaben direkt an die Stadt entrichten. Leistungen des Landkantons ans Zentrum Basel laufen heute nur auf der Basis von Einzelverträgen, nicht über einen regionalen Finanzausgleich.

Damit kommt Basel wieder in die alte, bisweilen etwas bequeme Opferrolle.

Das würde ich so nicht sagen. Strukturelle Defizite können durch vermehrte Zusammenarbeit korrigiert werden, ob eine grosse Zahl von Vereinbarungen dafür der effizien-



«Zersiedelung ist Tatsache». Hans-Rudolf Schulz auf dem Dreispitz-Areal, das grenzüberschreitend entwickelt werden soll. Foto Tino Briner

teste Weg wäre, ist fraglich. Ich denke, dass man auch im «Innenstadtkanton» strukturelle Anpassungen machen sollte. Hier hat man meines Erachtens erst vor Kurzem Fehler gemacht – so bei der Ausarbeitung der neuen Basler Verfassung: Aus Rücksicht auf die Bürgergemeinde hat man die Einwohnergemeinde nicht stark herausgearbeitet. Jetzt fehlt eine Unterscheidung in kommunale und kantonale Aufgaben – und auch ein richtiger Stadtpräsident, der auf Augenhöhe mit den umliegenden Gemeinden sprechen könnte.

Hans-Rudolf Schulz

ZUR PERSON. Der Ökonom Hans-Rudolf Schulz (Jahrgang 1946) ist seit 1996 Geschäftsführender Partner der Firma PSP AG mit Sitz in Basel. Zuvor arbeitete er für das damalige Polizei- und Militärdepartement, die Firma Prognos sowie ein weiteres Beratungs- und Forschungsbüro. Das Beratungsbüro PSP AG hat verschiedene Gemeinden im unteren Basbiet, kantonale Behörden wie auch Kirchgemeinden bei ihren strategi-

schen Entscheiden unterstützt. Das interdisziplinär arbeitende Büro befasste sich dabei mit Fragen der Legislaturplanung, des Standortmarketings und der Wirtschaftsförderung, der baulichen und raumplanerischen Entwicklung sowie den öffentlichen Finanzen.

Schulz war früher Präsident der IGöV Basel und Zentralpräsident des VCS. Er ist zudem Präsident des Forums Dreispitz plus. gs